

Berlin, den 16. Juni. Der frühere Advokat-Anwalt bei dem Landgerichte zu Düsseldorf, Christian Widenmann, ist in seiner Eigenschaft als Advokat bei dem Rheinischen Appellationsgerichtshofe zu Köln wieder eingetreten, und zugleich zum Anwalte bei diesem Gerichtshofe ernannt worden; dem Rechts-Anwalte und Notar, Justizrath Pape, ist gestattet worden, seinen Wohnsitz von Warstein nach Lippstadt zu verlegen; die Rechts-Anwalte und Notarien, Justizrath Reinhard zu Meschede und Schoele zu Bielefeld sind in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Lippstadt versetzt worden; und den Rechts-Anwalten Müller und von Portu-gall ist gestattet worden, ihren Wohnsitz von Petershagen nach Minden zu verlegen.

Deutschland.

CC Berlin, den 14. Juni. Wer über die Unaufrichtigkeit der Baierschen Politik in der deutschen Verfassungsfrage bisher noch im Zweifel verblieben sein mag, hat durch die Darlegung des Ministers v. d. Pfordten in der Baierschen Kammer Gelegenheit erhalten, seine Zweifel zu zerstreuen, eine Darlegung, welche ganz besonders darauf berechnet gewesen zu sein scheint, jener verstockten Baierschen Politik auch offiziell den Stempel der Heuchelei aufzudrücken. Der Baiersche Minister stellt als die beiden Hauptgründe, aus denen Baiern Anstand nehmen müsse, dem Preussischen Reichsverfassungsentwurfe beizutreten, hin:

- 1) daß Oesterreich keine Stelle in dem neuen Bundesstaate finden solle; und
- 2) daß Bestimmungen in dem Entwurfe enthalten seien, welche Baierns Wohlstand und Finanzlage bedrohten, wenn Baiern sich diesen Bestimmungen unterwürfe.

In Betreff des letzten Punktes ist bereits in einer der letzten Nummern der Deutschen Reform darauf hingewiesen, daß Bestimmungen über ein gleichartiges Steuersystem und gleichartige Gewerbe- und Heimathsgesetze — wodurch nämlich Baiern seinen Wohlstand gefährdet glaubt — schon in den Zollvereinsverträgen ihre Stelle gefunden, und es unter den Zollverbündeten Staaten, wozu Baiern gehört, längst als eine ausgemachte Abicht gegolten, dergleichen Bestimmungen sobald als thunlich ins Leben treten zu lassen. Eben so ist sehr zur rechten Zeit darauf hingewiesen, daß Baiern bisher aus Preussischen Kassen auf den Grund der Bestimmungen eben jenes Zollverbandes eine Summe von über 22 Millionen herausgezahlt bekommen hat. In dieser Beziehung ist daher die Frage, zu welcher jene angeblich nachtheiligen Bestimmungen in dem neuesten Reichsverfassungsentwurfe dem Baierschen Ministerium gedient haben, bereits von dem Gesichte gerissen.

Nicht schwieriger ist es nachzuweisen, daß auch der Vorwand wegen Oesterreich nichts als eine spanische Wand ist, hinter welcher die Baiersche Regierung glaubt ihre wahren Absichten und Empfindungen in Betreff des neuen Bundesstaates mit Anstand verbergen zu können. Hr. v. d. Pfordten beklagt es, daß mit der Ausschließung Oesterreichs aus dem beabsichtigten engern Bundesstaate, und mit dem Fortbestande freundschaftlicher Beziehungen durch einen bloß völkerrechtlichen Bund ein förmlicher Scheidebrief zwischen Oesterreich und Deutschland ausgestellt sei, was in jedem Falle und allein Deutschland späterhin zum Verderben führen müsse, da Deutschland ohne Oesterreich keine dauernde Lebensfähigkeit besitze.

Man findet sich in der That um die Voraussetzungen in Verlegenheit, von welchen aus ein solcher Ausspruch der Baierschen Regierung zu beurtheilen ist; denn die Behauptung, die bloß völkerrechtliche Verbindung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland sei einem förmlichen Scheidebriefe für Oesterreich gleichzusetzen, gesteht nur die Alternative, entweder, daß Herr von der Pfordten unbekannt ist, oder daß er vergessen hat, daß der bisherige deutsche Bund nach §. 1 der Wiener Schlussakte vom Jahr 1820 auch nur „ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands ist, oder daß die Baiersche Regierung die Meinung hegt, die bisherige völkerrechtliche Verbindung Oesterreichs mit Deutschland sei auf die Entwicklung der deutschen Verhältnisse von so wenig Einfluß gewesen, daß dieselbe schon bisher einer Scheidung Oesterreichs von Deutschland nicht unähnlich gesehen habe. Weder die eine noch die andere Annahme ist der Baierschen Regierung gegenüber gestattet, denn die Unterstellung, daß das Baiersche Ministerium den ausgesprochenen Grundcharakter des Vereins nicht kennen sollte, kraß dessen die deutschen Staaten in ihrer bisherigen Gemeinschaft gestanden haben, wäre eine eben so große Beleidigung für die Einsicht der Baierschen Regierung, die rechtliche Natur der Frage, um welche es sich gegenwärtig in Deutschland handelt, als es eine Beleidigung wäre anzunehmen, daß es der Aufmerksamkeit der Baierschen Regierung bisher ganz entgangen sein sollte, welchen Einfluß Oesterreich auf die Politik des Deutschen Bundes trotz seiner bloß „völkerrechtlichen“ Beziehung zu den übrigen Deutschen Staaten bis jetzt ausgeübt habe. Es bleibt daher in der That nichts anderes übrig, als es offen auszusprechen, daß es der Baierschen Regierung auch hier nur um einen Vorwand zu thun gewesen ist, um nicht genöthigt zu sein, mit ihren eigentlichen innersten Gründen, welche die Oberhauptfrage betreffen, endlich einmal offen hervorzutreten.

Berlin, den 14. Juni. Im Laufe nächster Woche soll im Krollschen Lokale eine von mehreren Interessenten veranstaltete Versammlung von Kapitalisten und Grundbesitzern stattfinden, um die Errichtung einer National-Ver sicherungs-Bank für Kapital und Grundbesitz in Vorschlag zu bringen und zu besprechen. Die Entwerthung der Grundbesitze im gegenwärtigen Augenblicke hat diese

Idee ins Leben gerufen, da es kürzlich vorgekommen ist, daß Häuser, welche bis zu 18,000 Rthlr. in der Feuerklasse versichert waren, zu 6000 Rthlr. in Subhastation zugeschlagen wurden. — Der Zweck dieser Bank soll sein, die durch solche Entwerthungen entstehenden Verluste für Grundbesitzer, als auch für die auf Hypotheken eingetragenen Kapitalien abzuwenden, indem die Bank die Verpflichtung übernimmt, in Subhastationsfällen bis zu dem wirklichen Werthe des Grundbesitzes mitzubieten und nöthigenfalls zu Gunsten des Grundbesitzers an sich zu bringen.

— Gestern Abend stürzte ein Arbeiter beim Bau des Hauses Kommandantenstraße No. 82. vom vierten Stock in das Innere desselben hinab, unten angelangt, sah er sich verblüfft um, und stieg eine Leiter wieder hinan, um nach dem vierten Stock wieder zu gelangen.

— Auf der Georgenstraße hatte ein Schornsteinfeger in Kostüm eine Dame muthwillig geschwärzt. Ein Schugmann, der eine solche Beschreibung nicht gut heißen wollte, ersuchte ihn, mit nach der nächsten Wache zu kommen, was derselbe jedoch verweigerte. Obgleich nun mehrere Schugleute kamen und denselben zu überwältigen suchten, wehrte er sich so tapfer mit seinem Besen und Leiter, daß seine Häcker bald unkenntlich gemacht wurden. Das Gesecht endete jedoch mit seiner Arretirung.

— Gestern Nachmittag wurde das Mobiliar der früheren Juliuschen Zeitungshalle öffentlich versteigert. Der Rest, welcher bei vorgerückter Tageszeit nicht mehr verauktionirt werden konnte, wird am Dienstag zur Auktion kommen.

— Für die hier zurückgebliebenen Frauen der einberufenen Landwehrmänner wird nicht nur Seitens des Staats, sondern auch von Privatvereinen vielfach gesorgt. Die Frauen der Beamten haben bisher das volle Gehalt ihrer Männer erhalten, und die Frauen von Handwerkern und Arbeitern bekommen von dem sich zu diesem Zwecke besonders gebildeten Vereine wöchentliche Unterstützungen je nach der Kopfanzahl ihrer Familienglieder. Solcher Gestalt hat man einer großen Noth vorgebeugt, die durch die Berufung so vieler Ehrenmänner und Familienväter zur Landwehr sich jedenfalls kund gethan haben würde.

— Das ziemlich heftige Auftreten der Cholera in Halle hat von Neuem zu sorgfältigen Beobachtungen darüber Veranlassung gegeben, ob die Krankheit als ansteckend anzusehen sei. Die berühmtesten Aerzte Halle's sind aber darüber einig, daß die Verbreitung derselben nicht einem Contagium, sondern äußern schädlichen Einflüssen zuzuschreiben sei. Zur Bestätigung dieser Ansicht dient die auffallende Erscheinung, daß die Cholera sich in der abge sondert liegenden, abgeschlossenen Strafanstalt gezeigt hat, während die Franckeschen Stiftungen mit 700 Böglingen und 2000 Schülern aus allen Stadtvierteln bisher davon befreit geblieben sind.

— Am heutigen Tage (14. Juni) rücken die Division Webern und Nieswand näher gegen Kaiserlautern vor, während zugleich eine starke Avantgarde der Reserve-Division von Alzei nach Winweiler vorgeht. Sollte denselben ernstlicher Widerstand geleistet werden, so wird am 15. Kaiserlautern von drei Seiten zugleich angegriffen werden. — Proklamationen des General v. Hirschfeld verkünden den Pfälzern den Einmarsch der Preußen.

R Berlin, den 14. Juni. Es hat sich hier eine Gesellschaft gebildet, deren Bemühungen von den segensreichsten Folgen begleitet werden können. Sie nennt sich: Berliner Verein zur Centralisation der Deutschen Auswanderung und Colonisation u. Gestern hielt sie ihre erste öffentliche Sitzung. Es giebt in und außerhalb Berlins schon verschiedene sogenannte Auswanderungsgesellschaften, keine aber hat sich so hohe und edle Zwecke gesetzt als dieser Verein. Während die gewöhnlichen Auswanderungsgesellschaften rein kaufmännische Institute sind, die zu ihrer Grundlage nichts als mercantile Spekulation haben, und die entweder die Beförderung der Auswanderer oder deren Ansiedelung oder beides zugleich sich zur Aufgabe gestellt haben, ist der Berliner Verein ein philanthropischer im weitesten Sinne. Der Verein als solcher theilt sich weder mittelbar noch unmittelbar bei Beförderungs- und Ansiedelungsplänen. Die Mitglieder des Vereins geben vielmehr, ohne selbst zu empfangen, ihre Zeit, ihre Intelligenz und ihre Geldbeiträge dazu her, die Auswanderer zu einer vernünftigen Spekulation zu befähigen. Von der Thatsache ausgehend, daß die Auswanderung aus dem Deutschen Vaterlande seit einer Reihe von Jahren in steigender Zahl zugenommen hat, so daß der Jahresbelauf schon bis auf 100,000 Köpfe gekommen ist, daß die dem Mutterlande also entzogenen Kräfte außerhalb sich zerstückelt haben, zum großen Theil schußlos und vereinzelt untergegangen und ohne irgend einen für die Heimath ersprißlichen Wechselverkehr geblieben sind, stellt sich der Verein die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese hundert Tausende jährlich fortziehender Deutschen auch in der Fremde in geregelter Verbindung mit dem Vaterlande bleiben, unter sich ein festes Band haben so wie Schutz und Sicherheit nach außen. Er will deshalb Mittel und Wege auffuchen, die Deutschen Auswanderer schon hier zu einem bestimmten Plane zu vereinigen; er soll sie für bestimmte Plätze, wo sie sich freiwillig niederlassen wollen, von vorne herein zu

freien Gemeinden organisiren und einen Zusammenhang unter ihnen herzustellen suchen; er soll ihnen die Erwerbung des Besitzes durch Empfehlung erleichtern, sie vor Täuschung bewahren, ihnen durch Association zu einer festen Verbindung mit dem Mutterlande verhelfen, und durch seine Vermittelung dafür sorgen, daß durch nachhaltigern Zuzug die Aufrechterhaltung Deutscher Nationalität, gleichviel unter welcher Oberhoheit, ermöglicht werde; er soll der moralische Stützpunkt der Deutschen Colonisationsgesellschaften sein. Er wird sich zu dem Ende mit anderen humanen Vereinen in Verbindung setzen, namentlich mit den philanthropischen Einwanderungsvereinen in Nordamerika, die durch ihren Centralverein in New-York seit längerer Zeit eine segensreiche Wirksamkeit ausüben. Zunächst wird der Verein seine Thätigkeit auf die Organisation der Auswanderung nach Centralamerika richten, welches wegen seiner geographischen Lage, seiner klimatischen und politischen Zustände, wegen seiner Produktivität und wegen des Mangels eines entgegenstehenden ausgeprägten Volkscharakters vorzugsweise günstige Ansichten und Bürgschaften für Deutsche Colonisation, Deutschen Handel und Deutsche Nationalität bietet.

Berlin, den 15. Juni. Die constitutionelle Zeitung bringt als neueste doch unverbürgte Nachricht, daß die Preussischen Truppen ohne Schwertstreich in Kaiserlautern eingedrückt sind.

— Die Resultate der Gymnasial- und Realschul-Lehrer-Conferenz, die vor wenigen Wochen im Ministerium des Unterrichts statt hatte, haben, nachdem die Druckfertigkeit der Protokolle eine vollständige Einsicht in die Verhandlungen gewährt hat, unter einflussreichen Mitgliedern des Lehrstandes bereits mannigfachen Widerspruch hervorgerufen. Der Geh. Ober-Reg.-Rath Kortüm, der die Verhandlungen als Ministerial-Kommissar leitete, soll sich selbst dissentirend in Bezug auf die Ansichten der Mehrheit der Conferenztmitglieder geäußert haben.

— Das Hauptgeheimniß der bei der Bewaffnung unserer Armee so oft und so vortheilhaft erwähnten Zündnadelgewehre bestand bekanntlich nicht sowohl in der Konstruktion des Gewehres selbst, als vielmehr in der Zubereitung der Patrone — ein Umstand, womit man sich hier wesentlich berubigte, als es sich ergab, daß bei dem Zeughaussturm im Juni monath vorigen Jahres einige Zündnadelgewehre lediglich in der Absicht geraubt waren, um sie dem Auslande mitzutheilen. Jetzt soll es aber einem hiesigen Büchsenmacher vollkommen gelungen sein, das Geheimniß jener Patronen-Zubereitung zu entdecken. Dies dürfte nicht ohne Folgen bleiben, denn welches Gewicht die diesseitige Regierung auf jenes Geheimniß legte, geht unter Anderen auch daraus hervor, daß einem höhern Hessischen Offizier, welcher sich im Auftrage seiner Regierung hier aufhielt, zwar mit großer Bereitwilligkeit die Konstruktion des Gewehres gezeigt, aller Empfehlungen und Bemühungen ungeachtet aber jede Kenntniß der Patronen vorenthalten wurde.

— Es wird uns mitgetheilt, sagt das „Corr.-Bureau“, daß Seitens unserer Regierung Recherchen angestellt werden über vorgekommene Unredlichkeiten bei der Telegraphen-Verwaltung. Die bekannte, an Hr. v. Kämpf in Frankfurt gerichtete Depesche, worin der Reichsverweser zum Rücktritt aufgefordert wurde, war erweislich zeitiger in den Händen des österreichischen und bayerischen Bevollmächtigten, als sie Hr. v. K. zugeht. Es hat diese Veruntreuung für die preussische Regierung unangenehme Folgen dadurch gehabt, daß die Vertreter anderer Regierung in den Stand gesetzt wurden, bereits im Voraus ungünstig auf den Erzherzog Reichsverweser zu influiren.

— Eine Hausfuchung, die vorgestern bei dem ehemaligen Postsekretair Gödsche, den Notizensammler der „Neuen Preuss. Ztg.“ auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Sethe vorgenommen wurde, hat zu vielen Gerüchten Anlaß gegeben. Nach Allem, was wir glaubwürdiges über die fragliche Angelegenheit zu erfahren vermochten, steht jene Hausfuchung mit dem gegen den Geh. Rath Waldeck schwebenden Verfahren in Verbindung. Namentlich soll es bei der gegen Gödsche verfügten Maßregel darauf abgesehen gewesen sein, den eigentlichen Autor der beiden Briefe an Waldeck zu ermitteln, welche das einzige Material für die Anklage bilden, jetzt aber die Vermuthung erregt haben, daß sie falsch seien und nicht von den Personen herrühren, deren Namen unterzeichnet sind.

Breslau, den 14. Juni Nachmittags. Nach einer uns so eben zugekommenen direkten Mittheilung ist heute früh 5 Uhr Sc. Maj. der Kaiser Nikolaus, begleitet von dem Großfürsten Constantin und dem Fürsten Paszkiewicz mittelst Separatzuges auf der Eisenbahn von Warschau in Nakly angekommen und hat seine Weiterreise von da nach Krakau ohne Aufenthalt fortgesetzt. Ob derselbe und wie lange in Krakau bleiben werde, darüber fehlen uns noch bestimmte Nachrichten. Nach dem was darüber noch gestern Abends in Krakau verlautete, ist anzunehmen, daß Sc. Maj. auch nicht in Krakau verbleiben, sondern gleich nach seiner Ankunft von da weiter über Podgorze durch Gallizien zur Armee abreisen werde. Auf dem Zuge, auf welchem sich der Kaiser befand, wurden noch fünf Kaiserl. Equipagen nachgeführt, welcher Umstand auch ein weiteres Reiseziel vermuthen läßt. — In Wien muß man über die Stunde der Ankunft des Kaisers nicht genau unterrichtet gewesen sein, denn es

wurde keine irgend hohe Person an der Grenze zum Empfange beselben bemerkt. Erst heute früh 11 Uhr fuhr der Erzherzog Wilhelm auf der Eisenbahn von Wien kommend über Kofel in der Richtung nach Krakau hin, um, wie seine Umgebung äußerte, den Kaiser zu empfangen und demnächst zu begleiten. (Schles. Ztg.)

Königsberg, den 13. Juni. Die Nachricht von dem Fall des Lieutenants von Bardeleben, zweitem Sohn des Kammerherrn von Bardeleben-Kinow, bei Marburg hat die allgemeinste Theilnahme erregt. Nach hier eingelaufenen Nachrichten hatte der Kommandeur Oberst von Lebbin, als man von Bardeleben nach beendigtem Gefechte vermisste, einen Parlamentair zu den Dänen geschickt, um Erkundigung über sein Schicksal einzuziehen. Derselbe brachte die Nachricht von dem Tode und zugleich von der feierlichen Beerdigung zurück, welche der Feind, die Tapferkeit des Gebliebenen ehrend, auf der Wahlstatt veranstaltet hatte. Sein Grab trägt ein Kreuz mit der Inschrift: „Hier fand der Enkel des Preussischen Generals, Grafen Bülow, den Heldentod.“

Magdeburg, den 13. Juni. Der Rückmarsch der 2. u. 4. Comp. des 20. Landwehr-Regiments bildet eine Reihe von Excessen, die um so schmachvoller sind, als sie größtentheils im Auslande begangen wurden. Ueberall haben diese Compagnien mit den radikalen fraternisiert und sich zu Demonstrationen gebrauchen lassen, welche man mitleidigen Personen längst zugebacht hatte, und es ist den unablässigen und eifrigen Bemühungen der Offiziere nicht gelungen, Ordnung, Gehorsam und Disziplin wieder in diese dem Vaterlande zur Schande gereichenden Truppen zu bringen. Unter diesen Umständen sind beide Compagnien am 13ten Morgens auf Anordnung des Kriegsministers bei Wolmirstadt entwaffnet worden, zu welchem Ende ein Bataillon des 32. Infanterie-Regiments, 4 Geschütze und eine Schwadron dahin ausgerückt waren, um jeden Widerstand sofort auf das Kräftigste niederzuschlagen. Es ist kein solcher Widerstand versucht worden. Nur etwa 20 Mann von jeder der beiden Compagnien, welche sich seit dem Zusammentritt der Bataillone stets tadellos geführt haben, wurden von dieser in der Geschichte der Preussischen Armee glücklicherweise unerhörte Maßregel ausgenommen. Die entwaffneten Compagnien marschiren jetzt unter Eskorte von 2 Linien-Compagnien und 1 Cavallerie-Commando mit Umgehung von Berlin nach Stettin und werden von dort in eine Preussische Festung abrücken, um durch die unersetzliche Anwendung der gesetzlichen Strafbestimmung zur Ordnung zurückgeführt zu werden. Die 1. und 3. Comp. befinden sich ebenfalls auf dem Rückmarsche: ihre Haltung soll etwas besser sein. Auch die 10. und 12. Compagnie hat der General v. Hirschfeld nach Westphalen zurückgeschickt. Untersuchungen der stattgehabten Excesse sind bei allen Compagnien im Gange und werden mit der ganzen Schärfe der Geseze gegen die Schuldigen wohl bald ihr Ende erreichen.

Magdeburg, den 14. Juni. In Folge einer Einladung unserer Stadtverordneten-Versammlung haben sich am 10. Morgens Deputirte der Stadtverordneten-Versammlungen sämtlicher Städte der Provinz Sachsen in dem hiesigen großen Rathhause versammelt, um öffentliche Beratungen über den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf zur Gemeindeordnung zu pflegen.

Vom Rheine, den 13. Juni. (K. Z.) Wir haben schon früher einmal darauf aufmerksam gemacht, mit welcher außerordentlichen Flüchtigkeit der königliche Entwurf der Reichs-Versaffung angefertigt ist. Es sind aus bloßer Nachlässigkeit der Abfassung Paragraphe der Frankfurter Verfassung scheinbar geblieben, die mit den Einsparungen und Aenderungen in dem schroffsten Gegensatz stehen; der größte Verstoß dieser Art betrifft die Steuern. Der „Preussische Staats-Anzeiger“ hat deshalb schon Nachträge bringen müssen, die er euphemistisch „Berichtigungen“ von „Druckfehlern“ nannte. Es scheint, daß diese seltsamen „Druckfehler“ noch mehr „Berichtigungen“ nöthig machen werden; die „Allg. Ztg.“ erinnert heute schon wieder an einen solchen. Im §. 86 des königlichen Entwurfs heißt es nämlich, abändernd den einschlägigen Punkt in §. 88 des Frankfurter Verfass: „Wo zwei Kammern bestehen, wird die Hälfte (der Mitglieder des Staatenhauses) von jeder Kammer gewählt; bei ungleichen Hälften fällt die größere auf das Volkshaus.“ Ungeachtet dessen ist der §. 89 von Frankfurt im §. 87 von Berlin unverändert geblieben, lautend: „In denjenigen Staaten, welche nur ein Mitglied in das Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmen-Mehrheit wählt.“ — „Auf dieselbe Weise ist in denjenigen Staaten, welche eine ungerade Zahl von Mitgliedern senden, in Betreff des letzten derselben zu verfahren.“ Dieser zweite Absatz steht mit dem Schlusssatz des erwähnten §. 86 in offenbarem Widerspruch, mußte gestrichen werden, und ist wohl auch nur durch „Druckfehler“ stehen geblieben.

Koblenz, den 14. Juni. Es bestätigt sich, daß am 12. d. M. gegen 9 Uhr Abends die Jünglinge auf das Gefolge des Prinzen von Preußen geschossen und der Postillon bleibend ist. Der Prinz ist gestern früh 8 Uhr von Kreuznach mit der Reserve-Division des Korps des General Hirschfeld nach Alzei abgegangen.

Von der Königsau, den 11. Juni. Vorgestern Morgen ist es den Dänen gelungen, eine als Feldwache unweit Skanderborg postirte, aus 1 Rittmeister, 2 Lieutenants und 70 Mann bestehende halbe Schwadron hessischer Husaren zu umzingeln und sie nebst ihren Pferden gefangen zu nehmen. Nach der Aussage Anderer wären sie beim Fouragiren in feindliche Hände gerathen. Die Zahl der Feinde soll zu groß gewesen sein, um mit auch nur einiger Hoffnung auf Erfolg einen Widerstandsversuch gegen dieselbe zu machen.

Kiel, den 13. Juni. Der heutige Tag war für die Schleswig-Holsteinische Marine ein festlicher und nach dem erfolgten Resultat auch ein ehrenvoller; denn es wurde heute die in Düsterbrook neu angelegte Batterie von der Marinemannschaft der alten Batterie bezogen und Probeschüsse mit den Geschützen nach in verschiedener Entfernung liegenden Tonnen gemacht, die nach dem

einmüthigen Urtheil von Sachverständigen nichts zu wünschen übrig ließen.

Die Batterie wurde um 9½ Uhr, bei Ankunft des Herzogs von Sachsen-Koburg und einer hohen Marinekommission, sowie mehrerer höhern Artillerie-Offiziere, festlich mit Flaggen geschmückt, obenan die Flagge des größeren und engeren Vaterlandes, dann die verschiedenen Signalflaggen nachfolgend. Nach stattgefundenem Probeschießen nach den Tonnen wurde noch eine Salve aus fünf Geschützen gegeben, worauf die Festlichkeit ihr Ende hatte. — Die Batterie hat den Namen Fort Delius erhalten.

Frankfurt a. M., den 11. Juni. Reichstags-Abgeordneter Venedey, den lediglich Kranksein abhielt, der Reichs-Versammlung nach Stuttgart zu folgen, geht morgen dahin ab.

Frankfurt a. M., den 14. Juni. In Bezug auf das Attentat gegen den Prinzen von Preußen erfahren wir folgendes Nähere: Die Kugel hat nicht den Postillon, der den Wagen des Prinzen gefahren, sondern den Postillon des zweiten Wagens, in welchem der Hauptmann v. Boyen sich befand, im Schenkel verwundet. Der Schuß ist nicht aus einem Hause, sondern aus einem Kornfelde in der Gegend von Jügelheim gefallen, von wo der Hauptmann von Boyen das Ausfliegen des Pulvers deutlich wahrgenommen hat. Der Prinz hat den Vorfall erst auf der nächsten Station erfahren. Der wahrscheinliche Verbrecher heißt Adam Scheider, er ist gefangen nach Mainz eingebraut.

Nach den Frankfurter Zeitungen soll der General v. Hanneken ein Gefecht im Alzeier Thale geliefert haben. Näheres weiß man noch nicht.

Lauterbach, den 13. Juni, Abends. Die mittlere Kolonne des Hirschfeld'schen Korps unter dem Befehl des General Niese wand hatte heute Nachmittag die Grenze der Pfalz überschritten. Sie ist überall gütlich empfangen worden. Die Avantgarde hat gegen Abend, ins Lauterthal hinausgeschickt, Wolfstein erreicht, ohne Widerstand zu finden.

Alschaffenburg, den 11. Juni. Nächster Tage wird das gesammte „westfälische Armeecorps“ in einer Stärke von mehr als 10,000 Mann aller Waffengattungen hier eintreffen und theils in der Stadt, theils in sechs der nächstgelegenen Dörfern diesseits einquartiert werden. Hieselbst, heißt es, wird der Oberbefehlshaber, General-Lieutenant Fürst von Thurn und Taxis, sein Hauptquartier nehmen und das königliche Residenzschloß beziehen. In die hiesige Stadt möchte wohl ein Drittel des Armeecorps eingelegt werden, besonders Kavallerie und Artillerie. Die Dauer der Cantonirung und die weitere Verwendung der Truppen bestimmt sich nach den eintretenden Umständen.

Dresden, den 12. Juni. (Dr. Z.) Nachdem gestern und vorgestern preussische Truppen vom 19. und vom Gardelandwehrregiment aus Posen hier eingetroffen waren, ist heute das 18. Landwehregiment wieder ausgerückt und dem Vernehmen nach theils nach Pirna, theils nach Ibarand und Chemnitz verlegt worden. Auch das Alexander-Füsilierbataillon wird uns wahrscheinlich in den nächsten Tagen verlassen, da, wie man hört, das ganze Regiment sich wieder in Berlin sammeln soll. Wahrscheinlich werden wir dafür pommerische Landwehr erhalten. Mit der Haltung der Alexandriner scheint man ohne Ausnahme zufrieden gewesen zu sein, dagegen sind uns über die polnische Landwehr mancherlei Klagen zu Ohren gekommen.

Leipzig, den 13. Juni. In der heute Abend abgehaltenen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums wurde der bisherige Vize-Bürgermeister Koch zum Bürgermeister unserer Stadt mit 51 unter 51 Stimmen gewählt.

Darmstadt, den 11. Juni, Abends. Wir sind in einer Miniaturkrisis. Wie weit sich diese erstreckt, kann noch nicht gesagt werden. Gewiß ist nur, daß Graf Lebrun heute nach seiner Rückkunft von Frankfurt nicht bloß seine Entlassung als Kriegsminister, sondern auch von seinen Hofämtern nahm, und sofort unsere Stadt verließ. Es fällt dies um so mehr auf, als er bisher besonders als der Vertraute des Großherzogs galt. Ob diese plötzliche Entlassung mit unserm Wohl nicht mehr zu bezweifelndem und allgemein gewünschten Anschluß an Preußen zusammenhängt, muß ich dahin gestellt sein lassen. Von einer andern Entlassung, der des Justizministers Hrn. Kiltan, spricht man ebenfalls. Sie wird in der mit den schwierigen und gefährlichen Zeitverhältnissen schwer zu vereinigenden Rücksicht gesucht, mit der unsere Justiz gehandhabt, oder vielmehr nicht gehandhabt wurde, zur Freude aller Wähler und zum Schrecken und bangen Besorgniß der gutgesinnten Bürger, was schon längst eine allgemeine vielfach vernommene Klage war. (P. A. Z.)

Stuttgart, den 9. Juni. Der „Beobachter“ veröffentlicht folgende von 17 Bürgerwehroffizieren unterzeichnete Erklärung: „Mit Beziehung auf die Erklärung des interimistischen Oberbefehlshabers und der Kommandanten der Bürgerwehr dahier im Schwäbischen Merkur vom 9. d., wodurch dieselben ihre Zustimmung zu der Proklamation des Württembergischen Ministeriums in Betreff der jüngsten Beschlüsse der Nationalversammlung ausgesprochen haben, und mit Beziehung auf die Mittheilung des Schwäbischen Merkurs vom 10. d. M. über eine zwischen dem Departementchef des Innern und sämtlichen Offizieren der Bürgerwehr stattgefundene Besprechung, müssen die Unterzeichneten, um Missverständnisse zu verhüten, die vorläufige Erklärung abgeben, daß sie dem interimistischen Oberbefehlshaber und Kommandanten der Bürgerwehr das Recht nicht zugesprochen können, in ihrer amtlichen Eigenschaft für die Bürgerwehr eine Kundgebung zu machen, und daß sie persönlich der Ansicht sind, die Pflichttreue gegen das Deutsche Vaterland wie das wahre Wohl des Württembergischen Landes erheischen einen wie bisher fortdauernden und unumwundenen Anschluß an die Nationalversammlung, und folglich auch an die von ihr eingesetzte provisorische Regentenschaft.“

Der Bruch zwischen unserm Kammerpräsidium und der Majorität der Kammer einerseits und der Nationalversammlung andererseits ist natürlich jetzt auch so vollständig, daß die letztere das Kammerlokale definitiv nicht mehr eingeräumt erhält. Gott mag wissen, wie sie da noch tagen kann. Murschel theilt jetzt mit, daß er gleich bei seinem ersten Zusammentreffen mit dem hiesigen gekommenen Bureau der Nationalversammlung diesen Herren erklärt habe, wenn sie im Geiste des Ahlnd'schen Aufrufs an die

Deutsche Nation fortfahren wollten, so werde Regierung und Volk Alles für sie thun, was in des Landes Kräften stehe, um sie am 15. August in die Paulskirche zurück zu begleiten; würden sie aber republikanische Propaganda machen wollen, so würden sie bald finden, wie sehr sie sich in den Gefinnungen der Schwaben geirrt hätten, und daß man dann Mittel finden werde, sich ihrer zu entledigen.

Ein Stuttgarter Berichterstatter der Karlsruher Ztg. giebt folgende interessante Aufschlüsse über die Vorgänge im Innern der „Regentschaft.“ „Unter den Mitgliedern der Reichsregentschaft ist es erfreulicherweise Heinrich Simon, welcher am Entschiedensten auftritt, am Energiehasten, Rückwärtslosten vorwärts geschritten wissen will. Nach ihm kommt Kaveaux, und ihnen wird sich Weher, der jetzt noch das Terrain sondirt, anschließen, um eine entschlossene Majorität zu bilden. Vogt spielt, wie immer, den „Politiker.“ Zu unserm Leidwesen sowohl als Ersauern müssen wir indessen bemerken, daß Schüller einen ganz andern Weg einschlägt, als bisher. Nicht nur, daß er gegen die Bewegung in Baden und der Pfalz heftig sich erklärt, will er sogar gewissermaßen in der Pfalz eine Kontrevolution hervorrufen; er stört auch das Einvernehmen der Regentschaft durch eine hartnäckige Opposition und verzögert die Beratungen durch stundenlange Erörterungen. Da indessen seine reaktionären Bemühungen an der Majorität scheitern, so ist es möglich, daß er seines Postens bald überdrüssig wird.“

Stuttgart, den 9. Juni. Die staatsrechtliche Commission der zweiten Kammer, welche in der heutigen Sitzung über den Antrag von Beiel: „es sollte von Seiten der Kammer ausgesprochen werden, daß sie die von unserer Staatsregierung öffentlich in diesem Saale in Form einer Ansprache an das Württembergische Volk dargelegte Ansicht theilt,“ Bericht erstattet, theilt sich in zwei Parteien, deren eine durch den Berichterstatter Reichher der Kammer folgenden Antrag vorbringt: Sie möge zu Protokoll erklären, daß sie der Ansprache des Gesamtministeriums im Sinne der bisherigen Ausführung welche auch der Absicht der königlichen Regierung gewiß sein dürfte, treue; daß sie also Beschlüsse der von der Nationalversammlung neulichsten eingesetzten provisorischen Regentenschaft nicht als ohne Weiteres für Württemberg verbindlich betrachte, sondern sowohl der königl. Staatsregierung als auch, je nach ihrem Betreff, der Ständerversammlung eine Prüfung und Anerkennung derselben vom Standpunkte der Landes- und Reichsverfassung vorbehalte, namentlich wofür dadurch die Württembergischen Streit- und Geldkräfte eigenständig in Anspruch genommen oder sonst die Interessen dieses Landes durch jene Beschlüsse bedroht werden sollten. Die andere Partei empfiehlt durch ihren Berichterstatter Stockmeyer folgende Anträge: a) Die hohe Kammer möge aussprechen: 1) Daß sie die Nationalversammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als zu Recht bestehend anerkenne. 2) Daß die Beschlüsse, welche die Nationalversammlung in ihrer 23. Sitzung faßte, als vollkommend legale zu betrachten seien, und daß daher weder die Württembergische Regierung noch unsere Ständekammer in der Lage seien, gegen dieselben Einsprüche zu erheben. 3) Daß aber damit auch die neureingesezte provisorische Regentenschaft als eine legale Behörde anzusehen sei, und daß daher unsere Regierung in demselben Verhältnis zu ihr stehe, in welcher sie zu der durch das Gesetz vom 28. Juni v. J. eingesetzten Centralgewalt gestanden hat. b) Diese hier ausgesprochene Ansicht der Regierung zur Kenntnismahme mitzutheilen und damit die Erwartung auszusprechen, daß sie in Uebereinstimmung mit der von ihr stets ausgesprochenen Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung und der von ihr eingesetzten Vollziehungsgewalt nach Kräften dazu mitwirken werde, daß der drohende Reichsfrieden nicht verlegt und die endliche Durchführung des deutschen Verfassungswerkes herbeigeführt werde. Nach einer heißen und langen Schlacht entschied sich um 7 Uhr Abends die Kammer mit 60 Stimmen gegen 14 für die ersten ministeriellen Anträge. 12 Mitglieder der Linken verließen vor der Abstimmung den Saal. Der Beschluß macht großes Aufsehen. Was wird die Nationalversammlung nun thun?

Nach der Abstimmung erklärt der Präsident: Ich habe soeben ein Schreiben der über die Abstimmung abgetretenen Mitglieder dieser Versammlung erhalten, welche erklärten, daß sie sich wegen des Terrorismus, der über die Abstimmungsfrage ausgeübt worden, der Abstimmung enthalten haben. Meine Herren, sagt der Präsident, es ist zwar sehr lebhaft zugegangen, aber ein Terrorismus wurde nicht geübt. Seeger verlangt, daß jetzt auch noch über den Punkt I des Minoritätsantrages abgestimmt werde, daß die Nationalversammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als zu Recht bestehend anzuerkennen sei? Weher: Ich protestire dagegen, es muß abgestimmt werden, denn es liegt ein Kommissionsbericht vor. Die Kammer beschließt mit 46 gegen 35 Stimmen hierüber nicht abzustimmen. Weher kündigt an, daß er die Frage als Motion einbringe. Seeger verlangt nochmalige Verweisung an die staatsrechtliche Kommission zur schleunigen Berichterstattung. Wird beschloffen.

Nachschrift. Heute Nachmittag hat die Nationalversammlung eine Deputation der Heilbronner Bürgerwehr empfangen, welche eine Vertrauensadresse mit 11,000 Unterschriften überbringt.

Bensheim, den 12. Juni. Heute etablirt General von Peulfer sein Hauptquartier in Zwillingenberg, wo, wie in der Umgegend, eine bedeutende Zahl von Preußen einrücken soll. Die Ueberläufer aus Baden mehren sich; am Sonntag kam einer in Lorsch an, gestern folgten andere, heute ein Unteroffizier des 4. Badischen Regiments, der ins Hauptquartier geführt wurde. So eben wird Hartmann, der Präsident des demokratischen Vereins, in Begleitung von 5 Osnöckern zum Rathhause geführt. Heute Morgen noch gearmt, besonnen zu sein, erwiderte er: „Es ist noch Niemand erschossen worden.“

Heidelberg, den 9. Juni. Gestern Nachmittags kam die Nachricht an, daß sich die Hessen in größerer Menge gegen Birnheim (2 Stunden von Mannheim) hinzögen und dort einige Schiffe mit den Vorposten gewechselt hätten. Unverzüglich wurden hierauf Mannheim und Heidelberg ganz von Truppen entleert, und diese theils zu Fuß, theils auf der Eisenbahn nach der Grenze geschafft, von wo uns indessen auch im Laufe des heutigen Morgens fernere Kunde nicht zugekommen ist. Den Nachrichten zufolge, welche die Zeitungen uns vom Anmarsch Preussischer, Baierscher und anderer Truppen gegen

Baden bringen, dürfte es noch immer drei bis fünf Tage währen, bis ein ernstlicher Angriff erfolgt, wenn das Eintreffen Aller an der Grenze, wie es wahrscheinlich, erst abgewartet werden soll.

Wien, den 13. Juni. (Schlef. Ztg.) Die heutige Wiener Zeitung enthält einen offiziellen Bericht des Banus Jellačić über den schon erwähnten Sieg der k. k. Truppen in Süd-Ungarn. Das Treffen fand nächst den Römerschützen statt. Ein Bataillon Turzky und das 8. Honved-Bataillon wurden fast ganz aufgerieben; an 500 Leichen bedeckten das Feld, 220 meist schwer Verwundete fielen in die Hände unserer Truppen. Der Verlust des Feindes wird im Ganzen auf 1500 Mann, der unsrige nur auf 2 (?) Tode und 10 bis 12 Verwundete angegeben, was der meisterhaften Verwendung der Kavallerie von Seite des FML. Orttinger zugeschrieben wird. — Auch das Gernirungs-Korps von Peterwardein hat in der Nacht vom 4. d. einen Anfall der Besatzung mit ansehnlichem Verlust für letztere zurückgewiesen. Nach der „Südslavischen Zeitung“ hat Perezel persönlich den Angriff geleitet. Nach Aussage der Gefangenen waren 12,000 Mann im Gefechte und 5000 als Reserve in der Festung. Der Tapferkeit des bekannten Helden von St. Tomas, Hauptmann Bosnie und dem rechtzeitigen Eintreffen des General Rostic aus Carlowitz verdankt man den Sieg, welcher leider nur mit großem Verlust an Mannschaft und jenem mehrerer Kanonen errungen werden konnte.

Oesterreich.

Wien, den 13. Juni. In der k. k. Hofburg werden Appartements für Se. k. Hoheit den Erzherzog Johann hergerichtet. Es scheint demnach, als sollten wir den geehrten Prinzen bald in unserer Mitte sehen.

Frankeich.

Paris, den 12. Juni. Ein vom Präsidenten der Republik auf den Vorschlag des Kriegsministers erlassenes Decret verfügt die Beerdigung des Marschalls Bugeaud in den Invaliden. Der Tag für Abhaltung des Leichenbegängnisses wird später festgesetzt werden. Gestern und heute strömten zahlreiche Repräsentanten, Generale, Nationalgardisten, Offiziere und Unteroffiziere der Armee nach dem Hotel des Verstorbenen. Die Leiche des Marschalls ist einbalsamirt worden. Er ruht auf seinem Bett, mit seiner Marschallsuniform bekleidet, den Beinen auf der Brust, im Hute und Handschuhen. Seine Züge sind vollkommen unverändert; man möchte ihn schlafend glauben. Ein Priester betet Tag und Nacht bei der Leiche, neben welcher sich bald ein Offizier oder Unteroffizier, bald ein Mann aus dem Volke, der seinem Wohlthäter das letzte Lebenswort sagt, weinend niederwerfen. Die Marschallin Bugeaud hat der erste Adjutant des Verstorbenen bei Chateauroux eingeholt und wird sie dort vorbereitet haben, den entsetzlichen Schlag, der sie getroffen hat, mit Fassung zu ertragen.

Der Erzbischof von Paris hat an die Geislichkeit seines Sprengels einen Hirtenbrief gerichtet, worin er ihr anbefiehlt, eine Reihe von Gebeten für das Aufhören der Cholera abzuhalten, und ein Hochamt lesen werde, dem eine Procession mit den Reliquien der h. Genoveva, der Schutzpatronin von Paris, vorausgehen soll. Zum Schlusse dispensirt der Prälat für die Dauer der Seuche von Beobachtung der Abstinenz. — Der Arbeitsminister hat die bei Regierungen angeordneten Ingenieure und Architekten angewiesen, alle Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, um ihre Arbeiter gegen die grassirende Seuche zu schützen und ihnen in Erkrankungsfällen jeden Beistand zu leisten. Sie sollen dem Minister über die schon getroffenen oder noch für nöthig erachteten Maßregeln berichten, damit die für solche außerordentlichen Ausgaben nöthigen Geldmittel beschafft werden können. — Das Generalconseil der Bank von Frankreich hat dem Sein präsesenten zur Vertheilung unter die Familien derjenigen Armen, welche Opfer der Cholera werden, 25000 Fr. zur Verfügung gestellt. — In Folge zahlreicher von hinterlassenen und ausgeschiedenen Jeziern gegen Cabot und Kulikowski gerichteten anhängigen Klagen hat der Gerichtshof der Seine beide als der Prellerei schuldig vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen.

Der Anklageakt gegen den Präsidenten und die Minister geht an die Abtheilungen, welche ihn durchfallen lassen werden. In der Plenarberatung steht ihm schwerlich ein anderes Schicksal bevor.

Paris hatte heut ein düsteres Aussehen. Der Himmel ist trübe, es fällt ein dünner Regen und es weht ein kalter Wind, der noch viel gefährlicher drückt, als die Hitze der letzten Tage. Die Cholera macht rasende Fortschritte; sie neutralisirt Alles. Der General Kapatel ist heute an der Cholera gestorben. Der Kriegs-, der See- und der Finanzminister sind an der Cholera erkrankt. Am 8. wurden 623 Cholera-Todesfälle angemeldet, wovon 445 in Privatwohnungen und 178 in Krankenhäusern vorkamen. In letztere Genezene entlassen. Mehrere Aerzte hatten behauptet, daß das Abfeuern der Kanonen von allen Forts, durch die damit in Verbindung stehende Luftreinigung, ein gutes Gegenmittel gegen die Cholera darbieten möchte. Die Akademie der Medicin hat nun, auf Befragen der Behörde, erwiedert, daß eine solche Kanonade den gewünschten Zweck wohl nicht, jedenfalls aber die Beunruhigung zur Folge haben werde.

Nach Berichten aus Saint-Amand liegt der greise Marschall Soult am Tode.

Großbritannien und Irland.

London, den 11. Juni. Morgen Abend wird Cobden im Unterhause eine Motion einbringen, welche das goldene Zeitalter und den ewigen Frieden herbeiführen soll. Sie lautet folgendermaßen: Es soll Ihrer Majestät eine ehrfurchtsvolle Adresse überreicht werden, die Bitte enthaltend, daß es ihr gefallen möge, ihren Staats-Sekretär des Auswärtigen anzuweisen, mit den fremden Mächten in Kommunikation zu treten und dieselben zu Verträgen einzuladen, welche die betreffenden Parteien verpflichten, im Fall aller künftigen Mißverständnisse, welche nicht durch freundschaftliche Unterhandlungen beigelegt werden können, die streitige Angelegenheit der Entscheidung von Schiedsrichtern anheimzugeben. Die

Times machen sich über Fassung und Inhalt der Motion lustig und weisen auf die Erfahrungen der Geschichte wie auf die Natur des Menschen hin, um die Unzulänglichkeit ähnlicher philanthropischer Vorschläge zu erhärten.

London, den 12. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses stellte Hr. Hume eine Anfrage an Lord Palmerston über die französische Intervention in den Römischen Staaten; er wünschte namentlich, wenn dies statthaft sei, zu wissen, ob der Minister diese Intervention billige oder nicht. Lord Palmerston erwiderte: die französische Regierung habe schon im November und December v. J. der Englischen Regierung ihre Absicht ausgesprochen, eine solche Expedition nach Civita Vecchia zu schicken. „Wir (die Englische Regierung) haben hierauf folgendes erwidert: wir seien der Ansicht, daß die Schwierigkeiten, die sich zwischen dem Papsi und seinen Unterthanen erhoben, durch diplomatische Intervention beigelegt werden könnten; diese diplomatische Intervention müsse zum Zweck haben, den Römern mit der Rückkehr des Papsies jene konstitutionellen Institutionen zu sichern, die im vorigen Jahre gewährt worden, und namentlich die praktische und wirkliche Trennung der weltlichen und geistlichen Autorität.“ Hr. Hume fragte hierauf, ob die französische Regierung in der betreffenden Mittheilung die Absicht ausgesprochen, Besitz von Rom zu nehmen. Dies ward von Palmerston verneint. — Herr John O'Connell fragte nun, ob die Ansichten der Englischen Regierung, wie sie der edle Lord ausgesprochen, mit ihrem Prinzip, sich nicht in die Angelegenheiten fremder Länder einzumischen verträglich seien, und ferner, ob er glaube, daß auf Seiten des Papsies ein Mangel an Aufrichtigkeit in Bezug auf die Gewährung jener Institutionen stattfinde. Lord Palmerston erwiderte hierauf: „Der Regierung Ihrer Majestät ist von verschiedenen Seiten, und zwar von Oesterreich, Neapel, Frankreich und dem Papst in Paris (Gelächter), angedeutet worden, daß man ihre Mitwirkung an den über Civita Vecchia zu eröffnenden Unterhandlungen gern sehen würde. Wir lehnten eine solche Mitwirkung ab, theils weil wir nicht das religiöse Interesse an der Frage hatten, wie die andern Mächte, theils auch, weil die geographische Lage Englands und der eigenthümliche Charakter der Britischen Verfassung uns eine solche Mitwirkung nicht passend erscheinen ließ. Aber wir drückten dem Papst in Paris in einer schriftlichen Depesche genau dieselben Ansichten über den Papsi und sein Volk aus, die ich so eben vor dem Hause ausgesprochen.“

In derselben Sitzung war auch die dritte Lesung der Bill zur Reform der Parlamentsrede oder Zulassung der Juden ins Parlament an der Tagesordnung. Hr. Law stellte den Antrag, daß die Bill erst in sechs Monaten zum dritten Mal gelesen, d. h. daß sie verworfen werde. Nachdem eine große Anzahl von Rednern für und gegen den Antrag gesprochen, ward die dritte Lesung, und somit die Bill überhaupt, mit Majorität von 66 Stimmen (272 gegen 206) vom Hause angenommen, welches Resultat mit lauten Bravos und Cheers begrüßt wurde.

In einer Pariser Korrespondenz der Times heißt es: „Die geheimen Gesellschaften in Paris zählen einen Kern von etwa 20 bis 30,000 Mann, die Alle bewaffnet sind und einen zahlreichen Generalstab zu Chefs haben. Das leiseste Signal genügt, um dieses Heer auf die Straßen zu locken. Das Ministerium kennt die Organisation desselben; es besitzt die Namen aller Führer und wird wohl zahlreiche Verhaftungen vornehmen lassen. Es herrscht viel Entmuthigung unter den Rothen, denn sie wissen, daß Bugeaud und Changanier sich verabredeten, bei dem nächsten Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie keinen Pardon zu geben.“

Der heutige Sun druckt aus seinem Blatte vom 1. Juni 1841 einen Briefwechsel des jetzigen Präsidenten der Französischen Republik mit einer Frau von Faverolles ab. Louise Napoleon war damals Staatsgefängener in Ham, und sendete, als solcher, unter dem 24. Mai 1841, neben einem an den damaligen Französischen Ministerpräsidenten gerichteten Protest gegen die, ihm bewiesene Strenge, auch ein Schreiben an jene Frau Salvage v. Faverolles, worin er sie bittet, den Protest den „Gesandten aller mit ihm verbündeten Mächte, nämlich: Rußlands, Schwedens, Oesterreichs, Baierns, Württembergs, Badens und Portugals“ zu übersenden. Der Berichtstatter des Sun knüpft an diesen Vorgang die Frage: Sollte ein derartiges Bündniß nicht die Besorgniß der Französischen Republikaner, daß Louis Napoleon einen Staatsstreich beabsichtige, rechtfertigen, und ist nicht die Anerkennung der Republik durch Rußland ein, der Nation in die Augen gestreuter, nur der Anerkennung des Kaiserthums vorhergehender, Staub?

Hier macht das neu erfundene elektrische Licht großes Aufsehen. In diesen Tagen wurden wieder Versuche mit demselben angestellt. Das in einem Reflector aufgefangene Licht war so hell wie der Glanz von 850 Kerzen. Jetzt versertigt der Erfinder, Etatte, einen Apparat zum häuslichen Gebrauche dieses Lichtes, der ein Licht in der Stärke von 8 bis zu 40 Kerzen giebt.

Belgien.

Brüssel, den 11. Juni. Ueber die schon gemeldeten Vorgänge an der Westküste von Afrika erfährt man folgendes Nähere: Im December 1848 hatte die Regierung die Staatsgolette „Luise Marie“ unter dem Schiffsleutnant Vanhaverbeck nach jener Küste abgeschickt, um dort die Belgischen Handelsunternehmungen zu schützen, welche vortheilhaft und einer ziemlich bedeutenden Entwicklung fähig zu sein scheinen. In Folge von Grefressungen, welche die Eingebornen verübt hatten, und um andern die Sicherheit des Belgischen Handels im Konez-Flusse, wo damals ein mit beträchtlicher Waarenladung angelangtes Belgisches Schiff sich befand, gefährdenden Versuchen vorzubeugen, sah Vanhaverbeck sich genöthigt, Gewalt anzuwenden und im Gemeinam mit zwei im Flusse liegenden Französischen Kriegsschiffen zu verfahren, um die böswilligen Absichten eines eingebornen

Hauptlings zu vereiteln. Ein Gefecht, welches den beabsichtigten Zweck vollkommen erreichte, fand Statt. Nach den Mittheilungen eines an Ort und Stelle befindlichen Kaufmannes bewiesen die Expeditionstruppen viel Muth und Entschlossenheit, und unsere Seesoldaten behaupteten würdig die Ehre der Belgischen Flagge. Auch der Capitän eines Belgischen Handelsschiffes zeichnete sich vorzüglich aus. Die Golette „Luise Marie“ hatte drei Verwundete. — Aus Osnabrück erfährt man, daß dort die Fremden schon massenweise eintreffen.

Antwerpen, den 6. Juni. Gegen das gefürchtete Uebel, die Kartoffelkrankheit, die seit einigen Jahren so empfindlichen Schaden bereitet, ist — wie es scheint — ein Mittel gefunden. Ein ausgezeichnete Landwirth in der Gegend von Namur, Namens Tombelle-Comba, hat seine Kartoffeln durch folgendes Verfahren gegen die Krankheit geschützt, während sie rings umher die Felder seiner Nachbarn hinweggeführt; er pflanzte nämlich die Kartoffeln so zeitig als möglich, schneidet kurz nach der Blüthezeit die Stauden mit einer Sichel dicht über der Erde ab, und vermeidet dabei, so viel wie möglich, die Frucht in der Erde zu erschüttern. Er räumt dann die abgeschnittenen Stauden hinweg und bedeckt die Pflanzen mit einer ungefähr anderthalb Zoll dicken Erdschicht, um den Zutritt der Luft davon abzuhalten. Hierauf läßt er das Feld unberührt bis zur Zeit der Reife der Kartoffeln. Ueber die Wirksamkeit dieses Verfahrens werden von den landwirthschaftlichen Kommissionen der Provinzen vergleichende Versuche angestellt werden.

Schweiz.

Das Einstürmen von lombardischen Flüchtlingen aus Piemont dauert fort; dem sich beschworenden Bundesrathe erwiderte das Sardinische Ministerium: der Waffenstillstand von Novara verlange Auflösung des Lombardischen Corps; der Mannschaft sei es nun frei gestellt, ob sie in piemontesische Militärdienste treten oder von der Oesterreichischen Amnestie Gebrauch machen wolle; wer Keines von Beiden annehme und zudem keine Substanzmittel besitze, der werde, „weil dergleichen Leute doch nur Störer der öffentlichen Ruhe seien“, ausgewiesen, wie bei allen Staaten üblich. Die Wahl der Gränze lasse man indessen frei; man zwingt die Leute nicht, gerade die Schweizerische zu überschreiten. Das lautet allerdings anders, als die elegische Beschwörung des früheren sardinischen Ministeriums über die Barbarei des Schweizerischen Bundesrathes gegen die unglücklichen Lombardischen Unterthanen Sr. Sardinischen Majestät. Wie groß aber der Zudrang nach der Schweiz ist, möge man daraus entnehmen, daß auch die französische Regierung strenge Maßregeln gegen die Italienischen Flüchtlinge ergriffen hat; in einem Circular-Schreiben an die Präsekten heißt es: es sei ja fast überall Amnestie ertheilt, deshalb seien nur die ausdrücklich von der Amnestie Ausgenommenen als politische Flüchtlinge zu betrachten und aufzunehmen, nicht auch solche, die nur aus Unzufriedenheit mit der bestehenden Regierungsform ihr Land verlassen hätten. Jene seien zu entlassen, zu interniren und auf das ganze Gebiet des Staates zu vertheilen. — Einige Hundert Ungarische Deserteurs, die aus den Oesterreichischen Reihen nach Sardinien übertraten, sollten gestern und vorgestern unweit Basel den Rhein passieren, um der provisorischen Regierung von Baden ihre Dienste anzubieten. — Aus dem Schwarzwalde, wie aus dem Breisgau flüchteten sich ziemlich viele, von ihren Pfarrern dazu beredete junge Burschen in die Schweiz, um dem militairischen Aufgebote zu entgehen. — Dem Bundesrathe wurde am 6. angezeigt, daß an die Stelle des demissionirenden Thierd Graf Reinhard, früher schon Gesandtschafts-Sekretair in der Schweiz, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt sei.

Italien.

Rom, den 12. Juni. Die Gerüchte von der Einnahme Roms durch die Franzosen haben sich bis jetzt nicht bestätigt. In der Sitzung der französischen Nationalversammlung am 11. hat Oudinot erklärt, die französische Regierung habe seit der Depesche Dudinots vom 4. keine Nachrichten vom Expeditionsheer erhalten; es hieß, Dudinot habe von der römischen Regierung einen 24stündigen Waffenstillstand verlangt, um seine Todten zu beerdigen und seine Verwundeten fortzuschaffen. Der Prinz Friedrich von Lichtenstein, Befehlshaber der in Perugia eingerückten Oesterreicher, hat am 29. Mai folgende Proclamation an die dortigen Einwohner gerichtet:

Strategische Rücksichten, zum Zwecke, das Kaiserlich-Königliche Armeekorps unter Befehl des General-Lieutenants Grafen Wimpffen zu fügen, welches in die Marken eingerückt ist, um der wachsenden Anarchie ein Ende zu machen, und zur Vertheidigung eines rechtmäßigen Monarchen, des Papsies Pius IX., haben den Oberbefehlshaber bestimmt, meinen Truppen den Befehl des Einmarsches in die päpstlichen Staaten zu geben. Ich komme zu Euch als Verbündeter, als Freund der heiligen Sache der Ordnung; die Truppen unter meinem Befehle, an die strengste Mannszucht gewöhnt, werden dieselbe durchaus in Eurer Mitte zu bewahren wissen. Nehmt meine Soldaten als Eure Freunde auf und vereint Euch mit ihnen. Eure Belohnung wird in der Wiederherstellung der öffentlichen und Privat-Sicherheit und in der Befestigung der Ruhe bestehen.

Briefe der Augsburg. allgem. Ztg. aus Rom gehen bis zum 4. Juni 3 Uhr Nachm. Am 3. hatte man im Mondschein von 9 Uhr Abends bis 1 Uhr Mitternacht den Kampf aus hartnäckigste fortgesetzt. Der Verlust der Römer wird von 500 bis auf 700 Kampfunfähige angegeben. Am Morgen des 4. wurde die Stadt fast gänzlich zernirt, wenigstens zigten sich Franzosen in größerer Zahl auf dem linken Ufer der Tiber. Am Mittag hatten die Franzosen die Villa Poniatowski und Villa Pappa Giulio genommen, beide vor der Porta del Popolo. Am 2 Uhr hielt das Kämpfen inne und nur einzelne Schüsse fielen. Die Römer schlugen sich mit der größten Erbitterung und Todesverachtung, und die Tröster veriner sollen besonders dadurch fanatisirt sein, daß die Franzosen an einem Feiertage den Angriff begannen.

Turin, den 7. Juni. Eine telegraphische Depesche von Genua meldet, daß sich die Franzosen mit den Römern noch am 5. bis Abends 5 Uhr schlugen. Die Franzosen hatten die Villa Corsini (innerhalb der Porta S. Pancrazio) genommen, wieder verloren und wieder genommen.

Florenz, den 4. Juni. Die Toskanischen Minister haben an alle Behörden ein Rundschreiben des Inhalts erlassen, daß die Regierung monarchisch-constitutionell sein werde.

Turin, den 5. Juni. Der Kriegsminister warnt das Heer vor Verführungen der kleinen Presse und beauftragt die Divisions-Befehlshaber, Bibliotheken anzuschaffen, damit die Offiziere nur „nützliche“ Bücher lesen.

Vocales etc.

Bromberg, den 14. Juni. Dem Anscheine nach wird der diesjährige Wollmarkt lebhafter ausfallen, wie der des vorigen Jahres. Leider haben die Produzenten die Wolle in Anbetracht der schlechten Zeiten bereits früher verkauft, was für unsern Markt sehr nachtheilig ist.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Das neue Wahlgesetz.

Herr Prof. Müller hat in seiner Erwiderung auf einen von mir herrührenden Artikel übersehen, daß ich in dem letzteren nicht als sein Gegner aufgetreten, sondern nur darauf ausgegangen bin, die von mir ausdrücklich als „nicht zweifellos“ erkannten Fragen auch von einer andern Seite zu beleuchten.

Die von Hrn. Müller vorgeschlagene idelle Abgrenzung die-

ser Bezirke kann ich aber deshalb nicht im Sinne des Gesetzes finden, weil sie, auch wenn dabei die alphabetische Reihenfolge entscheidet, immer insofern eine gewisse Willkür in sich schließt, als die Einwohner der verschiedenen Stadttheile aus ihren gegebenen Wohnungsverhältnissen gerissen und durcheinander gewürfelt werden, was m. E. jedenfalls eine große Verwirrung unter den Wählern zu Folge haben würde und durchaus unpraktisch ist.

Eine idelle Abgrenzung der Urwahlbezirke im Gegensatz zu der lokalen würde aber so aller bisherigen Ordnung und Praxis bei den Wahlen entgegenstehen, daß das Gesetz jedenfalls solches ausdrücklich hervorgehoben haben würde, wenn es jene im Sinne gehabt hätte.

Marktbericht. Posen, den 15. Juni.

Weizen 2 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf. bis 2 Rthlr. 15 Sgr. 7 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 3 Sgr. 4 Pf. Gerste 20 Sgr. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 17 Sgr. 9 Pf. bis 20 Sgr. Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Erbsen 28 Sgr. 12 Pf. bis 1 Rthlr. 3 Sgr. 4 Pf. Kartoffeln 10 Sgr. 8 Pf. bis 10 Sgr. 5 Pf. Heu der Ctr. zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 Pf. bis 20 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfd. 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf. bis 1 Rthlr. 12 Sgr. 6 Pf.

Berliner Börse.

Table with columns: Den 15. Juni 1849., Zinst., Brief., Gold. Rows include: Preussische freiw. Anleihe, Staats-Schuldscheine, Seehandlungs-Prämien-Scheine, Kur- u. Neumärkische Schuldversch., Berliner Stadt-Obligations, Westpreussische Pfandbriefe, Ostpreussische Pommersche Kur- u. Neumärk. Schlesiache, Eisenbahn-Actien (voll. eingez.), Berlin-Anhalter A. B., Berlin-Hamburger, Berlin-Potsdam-Magdeb., Berlin-Stettiner, Cöln-Mindener, Magdeburg-Halberstädter, Niederschles.-Märkische, Ober-Schlesische Litt. A., Rheinische, Thüringer, Stargard Posener.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntag den 17. Juni. Zum Benefiz der Frau Pecci-Ambrogio: Esmeralda; großes Ballet in 2 Tableaux von Perrot. Musik von Pugni. Arrangirt und in Scene gesetzt von G. Ambrogio.

Die National-Zeitung.

(Redakteur: F. Zabel.) (Redakteur des Feuilletons: Th. Mügge.) erscheint von heute an in einer Morgen- und Abend-Ausgabe, und wird mit den Morgen- u. Abend-Posten von hier expedirt.

Sämmtliche Postämter nehmen für das Quartal vom Juli bis Oktober Bestellungen an, und beträgt der Abonnementspreis durch ganz Preußen 1 Thaler 22 1/2 Sgr.

Inferate, à Zeile 2 Sgr., finden durch die National-Zeitung die größte Verbreitung. Berlin, den 11. Juni 1849.

Expedition der National-Zeitung.

Dankagung. Bei der am 9ten dieses Monats hier gehaltenen Feuersbrunst, wobei 4 Häuser niederbrannten, haben wir leider auch ein Menschenleben, das ein Raub der Flammen geworden, zu beklagen.

Santomyśl, den 10. Juni 1849. L. A. Friedmann, Röll, Bürgermeister. B. Röll, K. Landsberg, S. Jaffe, Friedrich, Distrikt-Commiss.

Bekanntmachung. Posen, den 23ten April 1849. Das Königl. Land- und Stadt-Gericht Erste Abtheilung.

In dem Hypothekenbuche des in der Stadt Posen auf St. Martin No. 69. belegenen, früher dem Kanjlisten Adolph Schwedler, jetzt dem Bäckermeister Krug gehörigen Grundstücks, stehen Rubrica III. No. 1. für die zwei Geschwister Popowicz Agnese und Apolonie, je 52 Rthlr. 15 Sgr. 10 1/2 Pf. aus der gerichtlichen Schuldverschreibung d. d. Posen den 4. November 1797 eingetragen.

Der jetzige Besitzer des Grundstücks behauptet die vollständige Befriedigung dieser Gläubiger, und hat, da dieselben modo deren Erben sich nicht mehr ermitteln lassen, das gerichtliche Auf-

gebot der Posten Behufs Löschung derselben beantragt.

Es werden demnach alle diejenigen, welche auf die gedachten Posten aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, namentlich aber die Agnese und Apolonie Popowicz, deren Erben oder Cessionarien, oder die sonst in deren Rechte getreten sind, hierdurch aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche innerhalb dreier Monate, spätestens aber in dem auf

den 13ten September d. J. Vormittags 11 Uhr vor dem Hrn. Referendarius v. Kierst an hiesiger Gerichtsstelle anstehenden Termine entweder in Person oder durch einen mit Vollmacht und Information versehenen Mandatar anzumelden und zu beschweigen, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen auf die gedachten Forderungen ausgeschlossen und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen wird auferlegt, auch nach ergangenem Präklusions-Erkenntniß mit der Löschung im Hypotheken-Buche wird verfahren werden.

Bekanntmachung. Wir machen hiermit bekannt, daß der zur Verpachtung von Galowo, Kreis Samter, auf den 19ten d. M. anstehende Termin aufgehoben und ein neuer Termin zu demselben Zwecke auf den 3ten Juli d. J. Nachmittags 4 Uhr in unserm Sitzungssaale anberaumt wird. Posen, den 6. Juni 1849.

Provincial-Landschafts-Direktion. Bekanntmachung. Mittels Verfügung vom 5. Mai d. J. ist zur Verpachtung des Vorwerks Schocken ein Termin auf den 15. Juni c. anberaumt, derselbe aber aufgehoben und zu demselben Zwecke ein Termin auf den 26. d. M. um 4 Uhr Nachmittags anberaumt worden. Die deutsche Posener Zeitung hat dennoch beide Termine bekannt gemacht. Um Irrungen vorzubeugen, erklären wir, daß das Vorwerk Schocken nicht im Termine den 15., sondern den 26. d. M. Nachmittags 4 Uhr zur Verpachtung gestellt wird. Posen, den 8. Juni 1849.

Provincial-Landschafts-Direktion. Bekanntmachung. Von Johanni d. J. ab bis Johanni 1852 sollen meistbietend im Landschafts-Gebäude verpachtet werden: 1) das Gut Sulzewo, Kreis Gnesen, im Termine den 9ten Juli c. 4 Uhr Nachmittags; 2) Ostrowo Schlachetke, Kreis Wreschen, im Termine den 9ten Juli c. 4 Uhr Nachmittags; 3) Groß-Lubowice, Kreis Gnesen, im Termine den 11ten Juli c. 4 Uhr Nachm.; 4) Godzientow, Kreis Schildberg, im Termine den 11ten Juli c. 4 Uhr Nachm.; 5) Orpizewo, Kreis Pleschen, im Termine den 12ten Juli c. 4 Uhr Nachm. Jeder Licitant ist verpflichtet, zur Sicherung seines Gebots eine Kaution von 500 Rthlr. zu erlegen und erforderlichenfalls nachzuweisen, daß er den Verpachtungsbedingungen nachzukommen im Stande ist. Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden. Posen, den 12. Juni 1849. Provincial-Landschafts-Direktion.

Auktion.

Dienstag den 19ten Juni Vormittags von 10 Uhr ab sollen im Auktions-Lokal, Friedrichstraße No. 30., mehrere gebrauchte aber gute Möbel von Mahagoni und anderem Holz, bestehend in Tischen, Stühlen, Sophas, Spiegeln, Schränken, Kommoden, Servanten etc., einigem Küchens- und Hausgeräth, nebst verschiedenen andern Gegenständen gegen baare Zahlung versteigert werden.

Zu vermieten, sogleich oder vom 1sten Oktober c. ab: In meinem Hause, am Markt No. 44., der erste Stock, bisher Möbel-Magazin, neu restaurirt, wobei der Saal, zu einem Schnitt-, Pugs- oder anderem Waaren-Geschäft besonders geeignet ist.

Ebendasselbst in der 2. Etage eine Wohnung von 2 Stuben, Küche etc. Friedrichstraße No. 17. in der 2. Etage eine größere und eine kleinere Wohnung nebst Zubehör, neu gemalt und im besten Zustande. F. W. Gräg.

Bekanntmachung. Durch den Tod des Besitzers soll die hiesige Apotheke verkauft werden, und ich bin im Stande, über die Verkaufsbedingungen Auskunft zu ertheilen, weshalb ich diejenigen Herren Apotheker, welche die hiesige Apotheke zu kaufen geneigt sind, ersuche, sich dieserhalb gefälligst melden zu wollen. Dt. Eylau in Westpreußen, den 11. Juni 1849. Der Bürgermeister Springer.

Das nahe der Stadt Kosten belegene, gegen 1000 Morgen vorzüglichen Bodens umfassende Rittergut Szejdrowo ist nebst vollständigem Inventarium aus freier Hand zu verkaufen. Näheres auf frankirte Anfragen bei dem Mittheilungsbüro, Braucignier A. Baktowski in Posen, Breslauerstr. No. 13.

Vom heutigen dato ab werden sämmtliche in meinem Magazin, Markt No. 46., sich befindende Möbel, worunter ein Assortiment moderner Berliner, wie auch Spiegel von jeder Qualität und Größe, zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft. Posen, den 17. Juni 1849. E. A. Danziger.

Die feinsten Pariser Herrenhüte offerirt billigst Herrmann Salz, Neuestr. 70.

So eben angekommen Marquisen, Sonnenschirme und Pariser Herrenhüte werden zu auffallend billigen Preisen verkauft in der ganz neuen Galanterie-Handlung von A. Pakcher, alten Markt, Ecke der Probirbank, vis-à-vis der Bronkerstraße.

Ein vollständiges Reitzeug für Infanterie-Offiziere ist zu verkaufen kleine Gerberstraße No. 6.

J. Bork's neu etablirte Handlung, Hut- und Mägen-Verlage im Hause des Kaufmann Herrn Scholz, Markt No. 92., empfiehlt in großer Auswahl Herren-Hüte und Mägen in neuester Fagon, so wie die geschmackvollsten Sonnenschirme und Marquisen zu billigen Preisen.

Französische Jacquets, Mouffelines de laines, Parisennes wie andere Kleiderstoffe sind in neuestem Geschmack und reichhaltiger Auswahl Markt No. 99. 1ste Etage.

Der wohlfeilste Waaren-Ausverkauf, Bronkerstraße No. 4. Parterre, dauert nur noch bis Ende dieses Monats fort, und wird das gebreite kaufstüchtige Publikum noch besonders darauf aufmerksam gemacht: daß selbst erst frisch erhaltene Zusendungen von den modernsten halbleinernen u. wollenen Kleider- und Hosen-Stoffen der besten Qualität, zu den möglichst billigen Preisen werden verkauft werden, als: Putzlein für 12 1/2 Sgr. bis 15 Sgr., ächte Kattune 2 Sgr. bis 2 1/2 Sgr., so wie weiße Sommertücher 1 Rthlr. bis 1 Rthlr. 10 Sgr. und 7 halbleinene Bettüberzüge, Schock 5 Rthlr. bis 6 Rthlr. Posen, den 17. Juni 1849. M. Bergen.

Eine neue Sendung frischer Mineral-Brunnen erhielten und empfehlen T. Obrebowicz & Comp.

Montag und Dienstag Harfen-Konzert bei E. Hirschfelder.

Im Städtchen findet Montag den 18ten Juni großes Konzert statt, ausgeführt von dem Hornisten-Chor des Füßlier-Bat. 8ten Inf. (Leib-) Regts. Anfang halb 6 Uhr. Entree à Person 2 1/2 Sgr. Familie 5 Sgr. K u f u s.

Heute Sonntag 17. Juni musikalische Abendunterhaltung von Harfenistinnen. Freundliche Einladung Theodor Barteldt, Bergstraße No. 14.

Schilling. Heute Sonntag den 17. Juni: Großes Konzert, ausgeführt von der Kapelle des 8ten Inf. Regts., unter Leitung des Musikmeisters Herrn Winter. Entree à Person 2 1/2 Sgr. Anfang 5 Uhr Nachmittags. E. Schulz.